

Kriminologische und sanktionen-
rechtliche Forschungen

Band 19

Die Neuregelung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung

Bestandsaufnahme sowie kritische Betrachtung
der bundes- und landesrechtlichen Umsetzung
des Abstandsgebots

Von

Annemarie Dax



Duncker & Humblot · Berlin

ANNEMARIE DAX

Die Neuregelung des Vollzugs
der Sicherungsverwahrung

Kriminologische und sanktionenrechtliche Forschungen

Begründet als „Kriminologische Forschungen“ von Prof. Dr. Hellmuth Mayer

Band 19

Die Neuregelung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung

Bestandsaufnahme sowie kritische Betrachtung
der bundes- und landesrechtlichen Umsetzung
des Abstandsgebots

Von

Annemarie Dax



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät
der Eberhard Karls Universität Tübingen
hat diese Arbeit im Wintersemester 2016/2017
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D 21

Alle Rechte vorbehalten
© 2017 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen
Druck: buchbücher.de GmbH, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0933-078X
ISBN 978-3-428-15160-8 (Print)
ISBN 978-3-428-55160-6 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85160-7 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie, Straf- und Sanktionenrecht von Herrn Prof. Dr. Jörg Kinzig. Sie wurde im Wintersemester 2016/2017 von der Juristischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen als Dissertation angenommen.

Da die Anfertigung der Dissertation mit der besonderen Unterstützung bestimmter Personen steht und fällt, möchte ich das Vorwort nutzen, um genau diesen Menschen Dank auszusprechen:

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Jörg Kinzig, insbesondere für die konstruktiv-kritische Begleitung bei der Entstehung dieser Arbeit und die sehr aufwendige Korrektur. Ebenfalls herzlich bedanken möchte ich mich bei Herrn Junior-Professor Dr. Tillmann Bartsch für die freundliche Übernahme des Zweitgutachtens und die vielen hilfreichen und motivierenden Anmerkungen.

Ein herzlicher Dank gebührt weiterhin neben dem Institutsdirektor, Herrn Prof. Dr. Jörg Kinzig, meinen Lehrstuhl- und Institutskollegen, durch die ich meine Promotionszeit in schöner Erinnerung behalten werde. Insbesondere möchte ich Dr. Lara Steiger und Ulrike Hunger für das sorgfältige und sehr aufwendige Korrekturlesen und den motivierenden Zuspruch danken. Von ganz besonderem Wert ist für mich die Freundschaft, die sich während der gemeinsamen Lehrstuhlzeit zu meiner ehemaligen Kollegin Dr. Lara Steiger entwickelt hat.

Meinem Mann Florian möchte ich danken, da er mich durch die mit der Erstellung einer Dissertation verbundenen Höhen und Tiefen begleitet und stets motiviert hat. Durch seinen Rückhalt und seine Liebe hat er im wesentlichen Maße zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. An dieser Stelle sei auch meiner Schwester Angelika für ihr großes Interesse an meiner Dissertation gedankt.

Mein Vater wäre sicherlich sehr stolz auf mich. Meiner Mutter danke ich von ganzem Herzen. Sie hat es mir ermöglicht, meine Ziele zu verwirklichen und mich in jeder Lebenslage liebevoll unterstützt. Meinen Eltern widme ich diese Arbeit.

Stuttgart, im Januar 2017

Annemarie Dax

Inhaltsübersicht

A. Ziel der Untersuchung und rechtliche Entwicklung	31
I. Einleitung	31
II. Rechtliche Entwicklung des Sicherungsverwahrungsvollzugs	34
B. Empirische Bestandsaufnahme des Sicherungsverwahrungsvollzugs	101
I. Zahlenmäßige Entwicklung der Sicherungsverwahrung	102
II. Vollzugsrealität	119
III. Erkenntnisse zur Behandelbarkeit	146
C. Abstandsgebot: Inhalt und Umsetzung durch den Bund	156
I. Entwicklung und Inhalt des Abstandsgebots	156
II. Gesetzgebungskompetenz	166
III. Das SichVAbstUmsG: Überblick und Ablauf der Untersuchung	176
IV. Vorgaben für den Sicherungsverwahrungsvollzug nach § 66 c Abs. 1 StGB	182
V. Vorgaben für den vorausgehenden Strafvollzug nach § 66 c Abs. 2 StGB	224
VI. Absicherung der Wirksamkeit des neuen Vollzugs	233
D. Abstandsgebot: Umsetzung durch die Länder – Interregional vergleichende Analyse	259
I. Gesetzgebungsverfahren	259
II. Übersicht und Ablauf der Vergleichsuntersuchung	265
III. Grundsätze und Ziele	280
IV. Therapeutische Ausrichtung, vollzugsöffnende Maßnahmen und Entlassungsvorbereitung sowie soziale Hilfe	322
V. Beteiligung Dritter und der Untergebrachten sowie Personalsituation	396
VI. Unterbringung und Versorgung	431
VII. Tagesstruktur durch Freizeit und Beschäftigung	463
E. Abstandsgebot als Problemlöser? – Zusammenfassendes Fazit und Forderungen	492
I. Rechtliche Entwicklung	492
II. Tatsächliche Entwicklung	495

III. Grundsätzliche Forderungen an eine rationale Kriminalpolitik im Bereich der Sicherungsverwahrung	497
IV. Umsetzung des „neuen“ Abstandsgebots	502
V. Problemlöser Abstandsgebot oder wirkliches Problem?	510
VI. Konsequenz aus den Problemen des Abstandsgebots bei der Umsetzung	523
Anhang	533
Literaturverzeichnis	585
Quellenverzeichnis	637
Sachverzeichnis	646

Inhaltsverzeichnis

A. Ziel der Untersuchung und rechtliche Entwicklung	31
I. Einleitung	31
1. Problemstellung und Ziel der Arbeit	31
2. Gang der Untersuchung	33
II. Rechtliche Entwicklung des Sicherungsverwahrungsvollzugs	34
1. Von den Anfängen bis zum StVollzG	35
a) Einführung der Sicherungsverwahrung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933	35
b) Nach dem Zweiten Weltkrieg	40
c) Nach Einführung des StVollzG	44
2. Rechtslage seit Mitte der 1990er Jahre bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	48
a) Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Höchstfrist	51
b) Sachverhalt und Inhalt der Höchstdauerentscheidung vom 5.2.2004	52
c) Stellungnahme	55
aa) Grundprinzipien und Menschenwürde	55
bb) Abstandsgebot und praktische Umsetzung	57
d) Reaktionen der Rechtsprechung und des Gesetzgebers	59
3. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 17.12.2009	62
a) Aufbau und Inhalt	62
b) Stellungnahme	66
aa) Autonome Begriffsbestimmung	66
bb) Bindungswirkung	68
cc) Rückwirkung und praktische Ausgestaltung	70
dd) Opferschutz und mehrpoliges Grundrechtsverhältnis	71
c) Reaktionen der Rechtsprechung	73
d) Reaktionen des Gesetzgebers	76
4. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4.5.2011	78
a) Sachverhalte und Entscheidungsformel	79
b) Entscheidungsgründe	81
c) Stellungnahme	84

aa) Neukonzeption und Schwierigkeiten	84
(1) Paradigmenwechsel	85
(2) Doppelmandat und praktische Umsetzungsschwierigkeiten	89
bb) Kompetenz, Gewaltenteilung und Verfassungswidrigkeit	94
cc) Opferschutz und mehrpoliges Grundrechtsverhältnis	96
B. Empirische Bestandsaufnahme des Sicherungsverwahrungsvollzugs	101
I. Zahlenmäßige Entwicklung der Sicherungsverwahrung	102
1. Zahl der Anordnungen und Anzahl der Untergebrachten	103
2. Merkmale des Vollzugs und der Verwahrten	108
a) Verweildauer und Ländervergleich	108
b) Geschlechterverteilung, Familienstand, Ausländeranteil und sonstige Belastungen	110
c) Altersstruktur	112
d) Anlasstaten	114
e) Vorstrafen und Rückfallgefahr	117
II. Vollzugsrealität	119
1. Im Dritten Reich	119
2. Nach dem Zweiten Weltkrieg	122
3. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts	126
a) Unterbringungssituation	128
b) Lockerungspraxis	133
c) Therapeutische Betreuung und Personal	136
d) Sozialtherapie	143
e) Viktimisierungserfahrungen	145
III. Erkenntnisse zur Behandelbarkeit	146
1. Besondere Situation und Persönlichkeitsstruktur der Verwahrten	146
2. Zur Straftäterbehandlung	149
3. Zur Behandlung von Tätern mit entsprechenden kriminogenen Risikofaktoren	151
C. Abstandsgebot: Inhalt und Umsetzung durch den Bund	156
I. Entwicklung und Inhalt des Abstandsgebots	156
1. Weg zur Konkretisierung und Maßstab	156
2. Gegenüberstellung mit dem Strafvollzug	159
3. Fazit	163

II. Gesetzgebungskompetenz	166
1. Leitlinienkompetenz des Bundes und Reaktionen der Literatur	167
2. Vergleichbare Bundeskompetenzen und Konsequenzen	170
3. Fazit	173
III. Das SichVAbstUmsG: Überblick und Ablauf der Untersuchung	176
1. Inhalt des SichVAbstUmsG	176
2. Untersuchung des Bundesrechts und Erkenntnisquellen	179
IV. Vorgaben für den Sicherungsverwahrungsvollzug nach § 66 c Abs. 1 StGB	182
1. Behandlung und Betreuung nach Nr. 1	182
a) Psychiatrisierung	182
b) Therapieoptimismus und „hoffnungslos Verwahrte“	187
aa) Realität und Gesetzgebung	187
bb) Forderungen zum Umgang	191
c) Ruhestufe und Therapie bei Geeigneten	194
aa) Meinungsstreit	194
bb) Kriminologische Rechtfertigung und tatsächliche Anforderungen	196
cc) Zusammenwirken mehrerer Bedingungen bei Therapie und Motivation	198
d) Drohende Zwangsbehandlung	201
2. Unterbringung nach Nr. 2	204
a) Unterschiedliche Relevanz der Neuregelung	204
b) Ausnahmen vom Trennungsgebot aus behandlerischen Gründen	206
3. Vollzugsöffnende Maßnahmen, Entlassungsvorbereitung und nachsorgende Betreuung nach Nr. 3	209
a) Bedeutung der vollzugsöffnenden Maßnahmen	210
b) Normative Besserstellung	213
4. § 2 ThUG und Therapieunterbringung im Sicherungsverwahrungsvollzug	216
5. Fazit und Vergleich zum Strafvollzug	218
V. Vorgaben für den vorausgehenden Strafvollzug nach § 66 c Abs. 2 StGB	224
1. Sonderbehandlung und Rechtfertigung	224
2. Einbeziehung in ein vikariierendes System	227
3. Nachbesserungsbedarf aufgrund fehlender Verweise	229
4. Hervorhebung der sozialtherapeutischen Behandlung	232
VI. Absicherung der Wirksamkeit des neuen Vollzugs	233

1. Unverhältnismäßigkeit der Sicherungsverwahrung	234
a) Aussetzung zur Bewährung nach § 67 c Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StGB und § 67 d Abs. 2 S. 2 StGB	234
b) Differenzierungen bei der Gesamtbetrachtung	237
c) Rechtsfolgen	240
d) Nachbesserungsbedarf wegen fehlender Verweise auf § 66 c Abs. 1 Nr. 2 b und Nr. 3 StGB	243
2. Umsetzung des Kontroll-, Rechtsschutz- und Unterstützungsgebots	247
a) Strafvollzugsbegleitende gerichtliche Kontrolle bei latenter Sicherungsverwahrung nach § 119 a StVollzG	247
b) Vollstreckbarkeit gerichtlicher Entscheidungen nach § 120 StVollzG	249
c) Beiordnung eines Pflichtverteidigers	251
d) Überprüfungsfrist in § 67 e StGB	253
e) Zwingende Begutachtungen	254
D. Abstandsgebot: Umsetzung durch die Länder – Interregional vergleichende Analyse	259
I. Gesetzgebungsverfahren	259
1. Föderalismusreform	259
2. Übertragung auf die SVVollzGe	262
II. Übersicht und Ablauf der Vergleichsuntersuchung	265
1. Aufbau der SVVollzGe	265
2. Methodisches Vorgehen	271
a) Notwendigkeit einer interregional vergleichenden Analyse	271
b) Beschränkung auf zentrale Themenbereiche	273
c) Ablauf der Untersuchung und Erkenntnisquellen	277
III. Grundsätze und Ziele	280
1. Bisherige Regelungen	280
2. Ziele und Aufgaben	282
a) Überblick und verwendete Begriffe (Aufgabe oder Ziel)	285
b) Gefährlichkeitsminimierung als kleinster Nenner	291
c) Schutz der Allgemeinheit	292
d) Besonderheiten des BaySvVollzG	294
3. Vollzugsgrundsätze	296
a) Überblick	296
b) Charakter als Programmsatz	297
c) Abstufung in der Ausrichtung	299

d) Angleichungs- und Öffnungsgrundsatz	300
e) Gegensteuerungsgrundsatz und besondere Zusätze einiger Länder	302
4. Stellung und Rechte der Sicherungsverwahrten	305
a) Generalklausel und rechtsstaatliche Bedenken	305
b) Besonderheiten des Nds. SVVollzG	307
c) Ordnungsklauseln der anderen SVVollzGe	308
d) Problematische Vorschriften im Zusammenhang mit Sicherheit und Ordnung	310
e) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	311
f) Disziplinarmaßnahmen	312
5. Umsetzung in der Praxis	316
a) Freiheit und Sicherheit	316
b) Disziplinarmaßnahmen	318
6. Fazit	319
IV. Therapeutische Ausrichtung, vollzugsöffnende Maßnahmen und Entlassungsvorbereitung sowie soziale Hilfe	322
1. Bisherige Regelungen	323
a) Betreuung und Behandlung	323
b) Lockerungen, Urlaub und Entlassungsvorbereitung sowie soziale Hilfe	324
2. Therapeutische Ausrichtung	327
a) Anspruch auf Betreuung und Behandlung	327
b) Anzubietende Maßnahmen	329
c) Konkretisierung der Behandlungsmethoden	331
d) Übergangsprozess und Unterstützungsgebot	335
e) Eingangsuntersuchung und anschließende Behandlungsuntersuchung	337
f) Vollzugs- und Eingliederungsplan	340
3. Fristenregelungen	342
a) Grundsätzliche Vorgehensweise	342
b) Fristen der Vollzugsplanung	343
c) Vorbild: Konzept JVA Brandenburg a. d. H.	345
d) Fristen der Eingliederungsplanung	347
4. Mitwirkung, Motivierung und Anreizsysteme	348
a) Mitwirkungsausschuss	348
b) Zusammenhang zwischen Mitwirkung und Motivierung	349
c) Sinn und Zulässigkeit eines Anreizsystems	351
d) Umsetzung des Anreizsystems	355
aa) Fehlende Konkretisierung und unabwägbare Standards	355
bb) Monetäre Anreize	357

5.	Vollzugsöffnende Maßnahmen und Entlassungsvorbereitung	361
a)	Anspruch	361
b)	Zwingende Ausführungen	367
c)	Beteiligte an der Entscheidung über die Gewährung vollzugsöffnender Maßnahmen	369
aa)	Überblick	369
bb)	Strafvollstreckungskammer	370
cc)	Aufsichtsbehörde und Sachverständige	372
d)	Vorbereitung der Entlassung	373
e)	Übergangsmanagement und nachgehende Betreuung	376
6.	Soziale Hilfe	378
7.	Umsetzung in der Praxis	380
a)	Behandlungsmaßnahmen und -setting	380
aa)	Gemeinsamkeiten	381
bb)	Unterschiede	384
b)	Motivierung, Therapiepausen und konkrete Ausgestaltung des Anreizsystems	385
c)	Vollzugsöffnende Maßnahmen	389
d)	Übergangsmanagement und Nachsorge	391
8.	Fazit	394
V.	Beteiligung Dritter und der Untergebrachten sowie Personalsituation	396
1.	Bisherige Regelungen	396
2.	Kooperation mit Dritten außerhalb des Vollzugs	397
a)	Grundregel und verschiedene Beteiligungsphasen	397
b)	Ziele, Probleme und Änderungsvorschläge	399
3.	Einbeziehung der Untergebrachten	403
4.	Opferbezogene Vollzugsgestaltung	405
a)	Einführung	405
b)	Allgemeines Prinzip	408
c)	Berücksichtigung bei vollzugsöffnenden Maßnahmen	410
d)	Beschränkungen der Kommunikation	411
e)	Opferinformationsrechte	412
5.	Bedienstete	413
a)	Personalausstattung	413
b)	Belastungen und gesetzgeberische Konsequenzen	416
c)	Dokumentationspflichten	418
d)	Finanzielle Aspekte	420
e)	Anstaltsleitung und Trennungsgebot	422

6. Umsetzung in der Praxis	423
a) Einbeziehung Dritter und Untergebrachter	423
b) Dokumentation	425
c) Personalausstattung	426
7. Fazit	430
VI. Unterbringung und Versorgung	431
1. Bisherige Regelungen	431
2. Räumlich-bauliche Unterbringung	433
a) Vergleichsmaßstab und Ausstattung	434
b) Raumgröße	441
3. Wohngruppenvollzug	444
4. Einschlusszeiten	447
5. Selbstverpflegung und (Haft-)Kosten	449
6. Umsetzung in der Praxis	452
a) Räumlich-bauliche Unterbringung	452
b) Binnendifferenzierung	458
c) Einschlusszeiten und Selbstverpflegung	459
7. Fazit	462
VII. Tagesstruktur durch Freizeit und Beschäftigung	463
1. Bisherige Regelungen	463
2. Beschäftigung	465
a) Überblick	465
b) Arbeitspflicht	466
c) Taschengeld und soziale Absicherung	469
d) Erhöhte Vergütung	471
3. Kommunikation und Besitz	472
a) Telekommunikation und Internet	472
b) Heranführung an Neue Medien	475
c) Besitz am Bsp. des Computers	477
d) Schriftwechsel und Pakete	480
4. Besuch	482
5. Umsetzung in der Praxis	485
6. Fazit	490

E. Abstandsgebot als Problemlöser? – Zusammenfassendes Fazit und Forderungen	492
I. Rechtliche Entwicklung	492
II. Tatsächliche Entwicklung	495
III. Grundsätzliche Forderungen an eine rationale Kriminalpolitik im Bereich der Sicherungsverwahrung	497
1. Rückbesinnung auf den Ultima-Ratio-Gedanken	498
2. Rückbesinnung auf empirische Erkenntnisse	501
IV. Umsetzung des „neuen“ Abstandsgebots	502
1. Bundesebene	503
2. Landesebene	506
V. Problemlöser Abstandsgebot oder wirkliches Problem?	510
1. Zweifelhafte Legitimationsgrundlage	510
a) Zweispurigkeit	510
b) Sonderopfer	512
c) Gefährlichkeitsprognose	515
d) Fazit	517
2. Praktische Umsetzung	518
VI. Konsequenzen aus den Problemen des Abstandsgebots bei der Umsetzung	523
1. Eigene Sicherungsanstalten	524
2. Alternativen zum Abstandsgebot und der Sicherungsverwahrung	526
3. Fazit	529
Anhang	533
Literaturverzeichnis	585
Quellenverzeichnis	637
Sachverzeichnis	646

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1:	Anzahl der Vorstrafen (in 10-Jahresschritten)	117
Tabelle 2:	Synopse zu § 66 c Abs. 1 Nr. 1 StGB	219
Tabelle 3:	Synopse zu § 66 c Abs. 1 Nr. 2 StGB	221
Tabelle 4:	Synopse zu § 66 c Abs. 1 Nr. 3 StGB	222
Tabelle 5:	Aufbau von StVollzG, ME-SV VollzG und GE-SV VollzG im Vergleich	267
Tabelle 6:	Synopse der Ziele und Aufgaben vor und nach dem 1.6.2013	286
Tabelle 7:	(Unterschiedliche) Konkretisierungen der Behandlungsmethoden	332
Tabelle 8:	Anspruch auf vollzugsöffnende Maßnahmen	363
Tabelle 9:	Beteiligung an der Entscheidung über die Gewährung vollzugsöffnender Maßnahmen	369
Tabelle 10:	Berücksichtigung des Opfers	406
Tabelle 11:	Räumlich-bauliche Ausgestaltung in den SV VollzGen	437
Tabelle 12:	Räumlich-bauliche Unterbringung in den Konzepten	454
Tabelle 13:	Einschlusszeiten und Aufenthalt im Freien	459
Abbildung 1:	Vergleich der Anordnungen und Anzahl der Untergebrachten von 1961– 2014	106
Abbildung 2:	Untergebrachte am 31.3.2016 im Ländervergleich	110
Abbildung 3:	Alter der Sicherungsverwahrten in den letzten zehn Jahren	112
Abbildung 4:	Altersverteilung der Sicherungsverwahrten im Vergleich 1995 und 2015	113
Abbildung 5:	Anlasstaten der Sicherungsverwahrten 1995	115
Abbildung 6:	Anlasstaten der Sicherungsverwahrten 2015	115
Abbildung 7:	Vollzugslockerungen im Strafvollzug und in der Sicherungsverwahrung	135
Abbildung 8:	Therapeutische Maßnahmen im Vergleich	140
Abbildung 9:	Art, Durchführung und Verlauf therapeutischer Maßnahmen	142
Abbildung 10:	Wechselwirkungen bei Therapie und Motivation	200

Anhang

Tabelle A1:	SVVollzGe, Gesetzgebungsverfahren, Abteilungen und Konzepte	533
Tabelle A2:	Beschränkungen der Rechte der Verwahrten nach dem Nds. SVVollzG	544
Tabelle A3:	Umgang mit dem Begriff der Ordnung	545
Tabelle A4:	Überblick über zulässige Disziplinarmaßnahmen	548
Tabelle A5:	Gegenüberstellung der Behandlungsansprüche sowie -methoden	550
Tabelle A6:	Ausnahmen vom Trennungsgrundsatz	551
Tabelle A7:	Fristenregelungen	553
Tabelle A8:	Finanzielle Zusatzleistungen für Mitarbeit	557
Tabelle A9:	Regelungen zur Entlassungsvorbereitung und Eingliederung	560
Tabelle A10:	Kooperationen in verschiedenen Stadien des Vollzugs	563
Tabelle A11:	Einbeziehung der Untergebrachten in ausgewählten Bereichen	571
Tabelle A12:	Ausgewählte Regelungen zu Personal und Anstaltsleitung	575
Tabelle A13:	Verwahrte und vorhandene Stellen	578
Tabelle A14:	Vergleich der Vorschriften zur Beschäftigung	581
Tabelle A15:	(Nicht-)Finanzielle Anerkennung vor und nach dem 1.6.2013	582

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	am Anfang
Abb.	Abbildung
Abg.	Abgeordnete/r
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AE	Alternativentwurf
ähnl.	ähnlich
ÄndG	Änderungsgesetz
a. F.	alte/r Fassung
AJDG	Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung Hamburg
AL	Ad Legendum
allg.	allgemein
and.	anders
Anm.	Anmerkung
APr	Ausschussprotokoll
APr A/RA 18/18	Ausschussprotokoll der 18. Sitzung des Rechtsausschusses der Bremischen Bürgerschaft der 18. Wahlperiode am 6. März 2013, Anhörung zum BremSVVollzG-E
Apr 5/1–45 A-2	Protokoll der 45. Sitzung des Verfassungs-, Rechts- und Europaausschusses der 5. Wahlperiode des Sächsischen Landtags am 27.2.2013 zum SächsSVVollzG-E
APr 6/34	Kurzprotokoll der 34. Sitzung des Europa- und Rechtsausschusses der 6. Wahlperiode am 6. März 2013 zum SVVollzG M-V-E
APr 16/19	Protokoll der 19. Sitzung des rheinland-pfälzischen Rechtsausschusses der 16. Wahlperiode am 26.2.2013 u. a. zum LSVVollzG-E
APr 16/167	Ausschussprotokoll über die 12. Sitzung des Rechtsausschusses der 16. Wahlperiode am 20. Februar 2013 zum SVVollzG NRW-E
Art.	Artikel
ARV	Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen Niedersachsen
ARV Pr 16/123&124	Niederschrift über die 123. – öffentliche – und die 124. – öffentliche – Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen am 5. September 2012 der 16. Wahlperiode zum Nds. SVVollzG-E
AT	Allgemeiner Teil
ausdrückl.	ausdrücklich
ausführl.	ausführlich

AV	Allgemeinverfügung; Allgemeine Verfügung
AVD	Allgemeiner Vollzugsdienst
AVRVG	Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung Berlin
Bay	Bayern/bayerisch
BayStVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der Jugendstrafe
BaySvVollzG	Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung
Bay. VGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
Bbg	Brandenburg; brandenburgisch
Bbg a. d. H.	Brandenburg an der Havel
BbJVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft im Land Brandenburg
BbgJVollzSVVergO	Verordnung über die Vergütungsstufen der Ausbildungsbeihilfe, des Arbeitsentgelts und der finanziellen Anerkennung nach dem Brandenburgischen Justizvollzugsgesetz und nach dem Brandenburgischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz
BbgSVVollzG	Gesetz über den Vollzug der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung im Land Brandenburg
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründung
BePr	Beschlussprotokoll
Beschl.	Beschluss
BeschlEmpf	Beschlussempfehlung
BewHi	Bewährungshilfe
Bf.	Beschwerdeführer
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen (zitiert nach Band und Seite)
BJM	Bundesjustizminister/in
BlfGfK	Blätter für Gefängniskunde
Bln	Berlin/er; berlinerisch
BlStVK	Blätter für Strafvollzugskunde, Beilage zum Vollzugsdienst
BMJ	Bundesjustizministerium, seit 17.12.2013 BMJV
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRat	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache (zitiert nach Wahlperiode und Nummer)
Brem	Bremen/er; bremisch
BremStVollzG	Bremisches Strafvollzugsgesetz
BremSVVollzG	Bremisches Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz

BReg	Bundesregierung
BR-PlPr	Bundesrat-Plenarprotokoll (zitiert nach Sitzungsnummer)
BSBD	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland, Gewerkschaft Strafvollzug
Bsp./Bspe./Bspen.	Beispiel/Beispiele/Beispielen
bsp.	beispielhaft
bspw.	beispielsweise
BT	Deutscher Bundestag
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache (zitiert nach Wahlperiode und Nummer)
BT-PlPr	Bundestag-Plenarprotokoll (zitiert nach Wahlperiode und Nummer)
BVAJ	Bundesvereinigung der Anstaltsleiter und Anstaltsleiterinnen im Justizvollzug e. V.
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (zitiert nach Band und Seite)
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (zitiert nach Band und Seite)
BW	Baden-Württemberg; baden-württembergisch
bzgl.	bezüglich
BZRG	Bundeszentralregister
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CommDH	Commissioner for Human Rights
CPT	Committee for the Prevention of Torture
DAV	Deutscher Anwaltverein
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DGPPN	Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe/n
diesbzgl.	diesbezüglich/e/r
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DPoIG	Deutsche Polizeigewerkschaft
DRB	Deutscher Richterbund
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVollzO	Dienst- und Vollzugsordnung
E	Entwurf
E 1962	Entwurf eines Strafgesetzbuchs mit Begründung, Bonn 1962
ebda.	ebenda
ebso.	ebenso
Eckpunktepapier BMJ	Erste Vorschläge („Eckpunkte“) des Bundesministeriums der Justiz für die Umsetzung des BVerfG-Urteils vom 4. Mai 2011 vom 19.7.2011

EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
Einl.	Einleitung
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EPR	Europäische Strafvollzugsgrundsätze des Europarates (European Prison Rules)
et al.	et alii, et aliae, et alia
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
f.	folgende (Seite oder Randnummer)
FA	Führungsaufsicht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDN	Fortschritte der Neurologie und Psychiatrie
ff.	fortfolgende (Seite oder Randnummer)
Fn.	Fußnote/n
Forens Psychiatr Psychol Kriminol	Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie
FS	Forum Strafvollzug
FTA	Forensisch-therapeutische Nachsorge-Ambulanz Berlin
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GdP	Gewerkschaft der Polizei
GE-SVVollzG	Ergebnisse der Länderarbeitsgruppe: Grundlagenentwurf SVVollzG
GewVbrG	Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Besserung und Sicherung
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
GPA/GPAen	Gefangenenpersonalakte/n
grds.	Grundsatz/grundsätzlich
GroKo	Große Koalition
GStA	Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwälte
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
H	Hessen/hessisch
h. A.	herrschende Ansicht
Haftkostenbeiträge-Bek. 2015	Bekanntmachung der Feststellung der Haftkostenbeiträge im Kalenderjahr 2015
hins.	hinsichtlich
HK	Handkommentar
h. M.	herrschende Meinung
Hmb	Hamburg/hamburgisch
HmbStVollzG	Hamburgisches Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe
HmbStVollzG 2007	Hamburgisches Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe vom 14. Dezember 2007
HmbSVVollzG	Hamburgisches Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung

HRRS	HRR-Strafrecht.de, Online-Zeitschrift und Rechtsprechungsdatenbank
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStVollzG	Hessisches Strafvollzugsgesetz
HSVollzG	Hessisches Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in dem Sinn, in diesem Sinne
i. E.	im Ergebnis
i. e. S.	im engeren Sinne
insbes.	insbesondere
i. R. d./i. R. v./i. R. e.	im Rahmen des/im Rahmen von/im Rahmen eines
i. S. d./i. S. v./i. S. e.	im Sinne des/im Sinne von/im Sinne eines
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JMBL	Justizministerialblatt
JR	Juristische Rundschau
JStVollzG	Jugendstrafvollzugsgesetz/e
JuMi	Justizminister/in, Justizministerium
JuMiKo	Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister
JuS	Juristische Schulung
JVA/JVAen	Justizvollzugsanstalt/en
JVB	Organ des Landesverbandes der bayerischen Justizvollzugsbediensteten e. V.
JVollzGB (I–V)	Justizvollzugsgesetzbuch Baden-Württemberg (Buch 1–Buch 5)
JZ	Juristenzeitung
k. A.	keine Angabe
KD	Kriminologischer Dienst
KfN	Kriminologisches Institut Niedersachsen e. V.
KJ	Kritische Justiz
KommE	Kommissionsentwurf
KrimG	Kriminologische Gesellschaft
KrimJ	Kriminologisches Journal
KrimPäd	Kriminalpädagogische Praxis
KrimZ	Kriminologische Zentralstelle Wiesbaden
krit.	kritisch
Kriterienkatalog	Kriterienkatalog für die Neuausrichtung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung vom 30.11.2010 einer Länderarbeitsgruppe mit Ausnahme Bremens, unveröffentlicht
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtsprechung
KZ	Konzentrationslager
LfD	Landesbeauftragter für Datenschutz
LG	Landgericht

Lit.	Literatur
LJVollzG	Landesjustizvollzugsgesetz
LK	Leipziger Kommentar
LReg	Landesregierung
Ls.	Leitsatz
LSA	Sachsen-Anhalt
LStVollzG/e/en	Landesstrafvollzugsgesetz/e/en
LSVVollzG	Landessicherungsverwahrungsvollzugsgesetz Rheinland-Pfalz
LT	Landtag
LT-Drs.	Landtagsdrucksache
LTO	Legal Tribune Online
LVergVollzVO	Landesverordnung über die Vergütungsstufen in Justizvollzug und Sicherungsverwahrung (LVergVollzVO) vom 24. Mai 2013, GVBl. 2013, S. 155
LVSR	Landesverband soziale Rechtspflege
m. a. W.	mit anderen Worten
MdJ	Ministerium der Justiz
ME-SVVollzG	Musterentwurf eines Landessicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes vom 11.6.2012
mind.	mindestens
MonKrimBiol	Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform
MPräs	Ministerpräsident/in
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
MüKo	Münchener Kommentar
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung vom
Nds.	Niedersachsen/niedersächsisch
Nds. SVVollzG	Niedersächsisches Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz
n. F.	neuer Fassung
NJ	Neue Justiz
NJVollzG	Niedersächsisches Justizvollzugsgesetz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Nomos Kommentar
NOZ	Neue Osnabrücker Zeitung
Nr.	Nummer
NRV	Neue Richtervereinigung e. V., Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e. V.
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungsreport
nSV	nachträgliche Sicherungsverwahrung
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.	oben
o. ä.	oder ähnliches
OG	Oberstes Gericht der DDR

OLG	Oberlandesgericht
PKH	Psychiatrisches Krankenhaus
PIPr	Plenarprotokoll (jeweils mit Landeskürzel)
Pr	Protokoll
P-RA 5/38	Protokoll der Anhörung u. a. zum BbgSVVollzG-E des Rechtsausschusses des Landtags von Brandenburg in der 38. Sitzung der 5. Wahlperiode am 21.2.2013
Pr AJDG Nr. 20/22 NEUF	Wortprotokoll/Protokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung der Anhörung der 20. Wahlperiode zum HmbSVVollzG-E am 2. April 2013
PSB	Periodischer Sicherheitsbericht
Psychiat Prax	Psychiatrische Praxis
RA	Rechtsausschuss; Rechtsanwältin/wältin
RAPr	Protokoll des Rechtsausschusses des Bundestages (Wahlperiode/Protokollnummer)
RASV	Arbeitskreis zur Sicherungsverwahrung (Rechtsstaatliche Alternativen zur Sicherungsverwahrung)
RAV	Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V.
RegBl.	Regierungsblatt
RegE	Regierungsentwurf
REV	Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
6/REV/22	Textdokumentation über die öffentliche Anhörung in der 22. Sitzung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung der 6. Wahlperiode am 25. Januar 2013 zum SVVollzG LSA-E
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen (zitiert nach Band und Seite)
RIA	Rechts- und Integrationsausschuss
RIA/18/48-UJV/18/37	Öffentliche mündliche Anhörung zum HSVVollzG-E im RIA (48 Sitzung) und UJV (37. Sitzung) der 20. Wahlperiode am 28.11.2012
RiOLG	Richter am Oberlandesgericht
RJB	Referentin beim Justizvollzugsbeauftragten
RJM	Reichsjustizministerium, Reichsjustizminister
RIP	Rheinland-Pfalz/rheinland-pfälzisch
Rn.	Randnummer/n
RNR	Risk Need Responsibility
RP	Rheinische Post
R&P	Recht und Psychiatrie
Rpfleger	Der deutsche Rechtspfleger
RP JBl.	Justizblatt Rheinland-Pfalz
Rspr.	Rechtsprechung
RStGB	Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich
RuP	Recht und Praxis
RuStAnz	Reichs- und Staatsanzeiger

s./S.	siehe/Seite
s. a.	siehe auch
S/Sächs	Sachsen/sächsisch
SächsStVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und des Straf- arrests im Freistaat Sachsen
SächsSVVollzG	Gesetz über den Vollzug der Unterbringung in der Siche- rungsverwahrung im Freistaat Sachsen
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SexualdelBekämpfG	Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten
SH	Schleswig-Holstein/schleswig-holsteinisch
SH RA 18/28	Niederschrift der 28. Sitzung des Innen- und Rechtsaus- schusses Schleswig-Holsteins der. 18. Wahlperiode zum SVVollzG SH-E am 10.4.2013
SichVAbstUmsG	Gesetz zur bundesrechtlichen Umsetzung des Abstands- gebots im Recht der Sicherungsverwahrung
SichVNOG	Gesetz zur Neuordnung der Sicherungsverwahrung
SK	Systematischer Kommentar
SL	Saarland/saarländisch/e
SLStVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe im Saarland
SLSV VollzG	Gesetz Nr. 1807 zum Vollzug der Sicherungsverwahrung im Saarland
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte
SothA	Sozialtherapie; Sozialtherapeutische Anstalt/en
StA	Staatsanwaltschaft
StÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidigerforum
StRG	Strafrechtsreformgesetz
StRR	Strafrechtsreport
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StrUBG	Straftäter-Unterbringungsgesetz
StrVerfSta	Strafverfahrensstatistik
StrVollzO	Allgemeinverfügung des Reichsjustizministers zur Ver- einheitlichung der Dienst- und Vollzugsvorschriften für den Strafvollzug im Bereich der Reichsjustizverwaltung
StV	Strafverteidiger
StVK	Strafvollstreckungskammer/n
StVollstrO	Strafvollstreckungsordnung
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
StVollzG M-V	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Mecklen- burg-Vorpommern
StVollzG NRW	Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe in Nordrhein-Westfalen
StrVollzSta	Strafvollzugsstatistik
s. u.	siehe unten

SV	Sicherungsverwahrung; Sicherungsverwahrte/r
SVStVollzG SH	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe bei Gefangenen mit angeordneter oder vorbehaltenen Sicherungsverwahrung in Schleswig-Holstein
SVV	Sicherungsverwahrungsvollzug
SVVollzG/e/en	Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz/e/en
SVVollzG Bln	Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Berlin
SVVollzG LSA	Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz Sachsen-Anhalt
SVVollzG M-V	Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
SVVollzG NRW	Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen
SVVollzG SH	Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz Schleswig-Holstein
ThUG	Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (Therapieunterbringungsgesetz)
Thür	Thüringen; thüringisch
ThürErgVollzG	Thüringer Strafvollzugs- und Jugendstrafvollzugsergänzungsgesetz
ThürJVollzGB	Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch
ThürSVVollzG	Thüringer Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz
u.	unten
u. a.	unter anderem
UJV	Unterausschuss Justizvollzug Hessen
umstr.	umstritten
Urt.	Urteil/e
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v.	von; vom
v. a.	vor allem
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VF	Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz Bayern
16/92. VF	Protokoll der Anhörung zum BaySvVollzG-E im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, 92. Sitzung in der 16. Wahlperiode am 7.2.2013 (Bayern)
VGH	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VLN	Vereinigung der Leiter und Leiterinnen der Einrichtungen des Justizvollzuges des Landes Niedersachsen e. V.
VNSB	Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter e. V.
VollzD	Der Vollzugsdienst
VollzVO	Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafen und von Maßregeln der Sicherung und Besserung, die mit Freiheitsentziehung verbunden sind
Vorbem.	Vorbemerkung
Vorgänge	Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

VR	Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung des Saarlandes
VR 15/21	Protokoll der Anhörung im Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung des Landtages des Saarlandes in der 15. Wahlperiode am 11.4.2013 in der 21. Sitzung zum SLSVVollzG-E
VREA	Sächsischer Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss
vs.	versus
VV	Verwaltungsvorschrift/en; Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
wg.	wegen
Wortprotokoll Recht 17/19	Wortprotokoll in der 17. Wahlperiode und der 19. Sitzung des AVRVG am 13.2.2013 zur Anhörung zum Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Berlin (Berliner Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz – SVVollzG Bln) zum Beispiel
z. B.	
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZfS	Zeitschrift für Strafvollzug
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe
ZIP	Zentrum für Integrative Psychiatrie gGmbH Kiel
ZIS	Zeitschrift für das Internationale Strafrecht
ZJJ	Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
z. T.	zum Teil
zusätzl.	zusätzlich/e/r
z. Z.	zur Zeit
zzgl.	zuzüglich

A. Ziel der Untersuchung und rechtliche Entwicklung

„... Gesetzgeberische Gleichbehandlung von wesentlich Ungleichem im Rahmen des Vollzugs ...?“¹

I. Einleitung

1. Problemstellung und Ziel der Arbeit

Nachdem Ende der 1990er Jahre noch die Abschaffung der Sicherungsverwahrung diskutiert wurde, erlebte sie seit Beginn des 21. Jahrhunderts eine regelrechte Renaissance.² Ungeachtet der wissenschaftlichen Kritik baute der Gesetzgeber das Rechtsinstitut in materiell-rechtlicher Hinsicht umfassend aus.³ Das Strafrecht und im Speziellen die Maßregel der Sicherungsverwahrung wurden und werden allem Anschein nach von der Öffentlichkeit und Politik als „Problemlösungsmittel“⁴ schlechthin und nicht „nur“ als Ultima Ratio begriffen. Dem haben die Urteile des EGMR vom 17.12.2009⁵ sowie des BVerfG vom 4.5.2011⁶ ein vorläufiges Ende bereitet. In der Argumentation des EGMR spielte die tatsächliche Situation im Vollzug der Sicherungsverwahrung eine wesentliche Rolle. Die Richter des BVerfG erklärten weite Bereiche des Rechts der Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig.⁷ Sie konkretisierten ihr bereits in einem Urteil von 2004⁸ auf-

¹ Köhne, JR 2009, 274 krit. zur Rspr. des BVerfG aus dem Jahre 2004.

² Laubenthal, ZStW 2004, 703 ff.; s. a. Feest, Vorgänge 2014, 34; Fischer 2016, § 66 Rn. 21 sowie Einl. Rn. 12 ff.; Pollähne, GRR 2007, 69 m. w. N.; Argumente zur Abschaffung bei Weber/Reindl, NK 2001, 16 ff.; Blau 1998, 759, 761: „Die Sicherungsverwahrung – ein Nekrolog?“

³ Vgl. zur Kritik Kreuzer, NK 2010, 89.

⁴ Mushoff 2008, 584; krit. zur Politik s. Greiner, Kriminalistik 2001, 650; Rautenberg, NJW 2001, 2608 f.; Kreuzer, KrimPäd 2004, 6; Dünkel/Maelicke, NK 2004, 131 ff.; zu populistischen Äußerungen Dollinger/Lampe et al., KrimJ 2015, 7 ff.; Möllers 2012, 106 ff. insbes. Fn. 321.

⁵ EGMR, Urt. vom 17.12.2009 – 19359/04, M. ./ Deutschland – bei juris; die englische Version ist online abrufbar unter hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-96389; abgedruckt in NJW 2010, 2495.

⁶ BVerfG, Urt. vom 4.5.2011 – 2 BvR 2333/08, 2 BvR 2365/09, 2 BvR 571/10, 2 BvR 740/10, 2 BvR 1152/10, BVerfGE 128, 326.

⁷ Ausgespart blieben der vollstreckungsrechtliche § 67 a Abs. 2 StGB, die besondere richterliche Überprüfungspflicht nach § 67 c StGB, das Eintreten der FA gemäß § 67 d Abs. 2 S. 2 und Abs. 3 S. 2 StGB, die Regelung über den Widerruf nach § 67 g StGB sowie die Übergangsvorschrift des Art. 316 e Abs. 3 EGStGB. Zudem wurde die Überprüfungsfrist von zwei Jahren des § 67 e Abs. 2 Fall 3 StGB in den Gründen als verfassungswidrig eingestuft (vgl. BVerfGE 128, 384), nicht jedoch in den Tenor (vgl. BVerfGE 128, 329 ff.) aufgenommen.

⁸ BVerfG, Urt. vom 5.2.2004 – 2 BvR 2029/01, BVerfGE 109, 133 ff.

gestelltes Abstandsgebot und gaben dem Bund und den Ländern auf, bis zum 31.5.2013 ein Gesamtkonzept der Sicherungsverwahrung zu entwickeln und normativ festzuschreiben, welches diesem verfassungsrechtlichen Gebot Rechnung trägt. In der seither um die Sicherungsverwahrung umso mehr geführten Debatte kann auf der einen Seite zwischen der Thematisierung des Anwendungsbereichs und der Frage nach ihrer Berechtigung an sich und den konkreten Vollzugsbedingungen auf der anderen Seite unterschieden werden. Die Vollzugsseite war bisher wissenschaftlich wie rechtspolitisch deutlich „unterbelichtet“⁹ und soll daher Gegenstand dieser Arbeit sein. Es stellt sich die Frage, ob für optimistische Äußerungen wie diejenige der ehemaligen Justizministerin *Leutheusser-Schnarrenberger* Raum bleibt und das „Gesetz zur bundesrechtlichen Umsetzung des Abstandsgebots im Recht der Sicherungsverwahrung“ vom 5.12.2012¹⁰ „das Recht der Sicherungsverwahrung nunmehr wieder auf eine grundrechtlich und rechtsstaatlich solide Basis gestellt“ und das „Rechtsprechungschaos“ beseitigt hat.¹¹ Dafür sollen die genannten gesetzgeberischen Aktivitäten, die ihnen vorausgehenden rechtlichen und tatsächlichen Entwicklungen des Vollzugs und insbesondere das vom BVerfG postulierte und mit der jüngsten Entscheidung ausgebaut Abstandsgebot auf einen kritischen Prüfstand gestellt werden. Es ist zu ermitteln, inwiefern dem eingangs erwähnten Zitat Recht zu geben ist, dass dogmatisch-theoretisch Ungleiches auf Vollzugsebene gleich behandelt, ob dieser Gleichbehandlung ggf. abgeholfen wurde oder das Gebot des Abstands trotz neuer Bundes- und Landesgesetzgebung nur eine „Illusion“¹² bleibt.

Auf die Sicherungsverwahrung als Rechtsinstitut im zweispurigen System bzw. ihrer Anordnungsmodalitäten an sich geht diese Arbeit nicht im Grundsatz, sondern vorwiegend zur besseren Nachvollziehbarkeit der Entwicklung des Abstandsgebots und des Sicherungsverwahrungsvollzugs ein.¹³ Wie ein Blick in die gängigen Kommentare vor den §§ 61 ff. bzw. zum § 66 StGB zeigt, ist die Frage nach Sinn und Zweck der Maßregeln der Besserung und Sicherung, der Sinnhaftigkeit der Zweispurigkeit sowie der allgemeinen Kritik am Rechtsinstitut der Sicherungsverwahrung v. a. eine Frage des Straf- bzw. Sanktionenrechts und nicht des hier v. a. interessierenden Vollzugsrechts.

⁹ Dazu *Frisch*, ZStW 1990, 708f.; ähnl. *Krahl*, KritV 2009, 311; vgl. ebso. das Konzept JVA Bbg a. d. H., S. 6: „Was ... inzwischen als Konsens erscheint, war über Jahrzehnte hinweg in der rechtswissenschaftlichen Erörterung und der Vollzugspraxis wenig präsent.“

¹⁰ BGBl. I 2012, S. 2425, im Folgenden: SichVAbstUmsG.

¹¹ *Leutheusser-Schnarrenberger*, RuP 2013, 68.

¹² *Feest*, LTO vom 9.11.2012.

¹³ Lediglich zum abschließenden Fazit (vgl. dazu Teil E.VI.) wird die Frage nach Alternativen zur SV aufgeworfen, wobei eine vertiefte Auseinandersetzung anderen Arbeiten vorbehalten bleibt.

2. Gang der Untersuchung

In fünf Schritten erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem Vollzug der Sicherungsverwahrung und insbesondere der dazu ergangenen bundes- und landesrechtlichen Gesetze im Vergleich zur bisherigen Regelung des Sicherungsverwahrungsvollzugs. Da erst seit den Entscheidungen des BVerfG und EGMR überhaupt „der Sicherungsverwahrungsvollzug“ als eigenständiger Vollzug neben demjenigen der Freiheitsstrafe existiert, ist eine solche Auseinandersetzung speziell mit dem Vollzug bisher nicht erfolgt. Die meisten Regelungen der Sicherungsverwahrung erklärte das BVerfG am 4.5.2011 wegen Nichteinhaltung des Abstandsgebots im Vollzug der Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig. Daher kommt man nicht umhin, sich mit diesem Gebot kritisch auseinanderzusetzen.

In Teil A. wird zuerst die Geschichte der rechtlichen Entwicklung des Sicherungsverwahrungsvollzugs aufgearbeitet. Dabei wird im Besonderen der Blick auf die einschlägige verfassungsgerichtliche Rechtsprechung sowie die Entscheidung des EGMR aus dem Jahre 2009 gelegt. Der Unterschied zu diversen anderen Arbeiten liegt darin, dass hier vorwiegend der Geschichte des Vollzugs und nicht der generellen Entwicklung der Sicherungsverwahrung in den Fokus gerückt wird. Der Ausbau auf Anordnungsebene wird insoweit erläutert, als es zum Verständnis der jüngsten Entwicklungen des Vollzugs der Sicherungsverwahrung vonnöten ist.

Der zweite Teil B. gibt die empirischen Erkenntnisse zum Vollzug der Sicherungsverwahrung seit deren Einführung bis hin zur Entscheidung des BVerfG im Jahre 2011 wieder und schließt mit einer zusammenfassenden Darstellung der bisherigen Vollzugswirklichkeit. Diese Erkenntnisse werden in den beiden darauffolgenden Teilen verwendet, da sich die Frage stellt, ob und wie der Gesetzgeber diese i. R. d. neuesten Reformen umsetzte und daher seine Entscheidungen kriminologisch gerechtfertigt sind oder nicht. Der Begriff „Gesetzgeber“ soll der Einfachheit und Lesbarkeit halber für eine Vielzahl an einem Gesetzgebungsprozess beteiligten Personen und Institutionen verwendet werden.¹⁴

Teil C. widmet sich der Frage, wie das Abstandsgebot auf Bundesebene durch das SichVAbstUmsG und allen voran durch den neuen § 66 c StGB sowie vollstreckungsrechtliche Neuerungen, welche Rückwirkungen auf den Vollzug haben, umgesetzt wurde.

Teil D. geht der Frage der Umsetzung auf Landesebene in Form der am 1.6.2013 in allen 16 Bundesländern in Kraft getretenen SVVollzGe nach, wobei ein Vergleich anhand ausgewählter Regelungsaspekte mit der bisherigen Rechtslage des Vollzugs der Sicherungsverwahrung, der Gesetze untereinander sowie mit dem

¹⁴ *Kertai* 2014, 13, der Bezug nimmt auf *Noll* 1973, 44. Beteiligte sind etwa BT/LT, BRat und BReg/LReg.